

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Druck im Jn- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Heimat“, „Stahlbeilage“, „Frauentumme“, „Der Kinderfreund“, „Augen-Beilage“, „Bild in die Buchwelt“, „Kulturarbeit“ und „Jugend“ erscheint wochentlich jeweils Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch
18. Januar 1923
10 Pfennig

Die einseitige Komparierung des 80 Pfennig Reichsmarkes mit dem Reichsmark „Reine Angaben“ des langgedruckten Wortes 10 Pfennig (zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 17 Pfennig. Stellungnahme des 10 Pfennig Reichsmarkes über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenentwurf im Hauptgeschäftsbereich: wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Bemerkungen: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57556. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten No. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Diktatur gegen die Arbeiter.

Gewerkschaftsführer werden deportiert — Gewerkschaftsfunktionäre auf die Straße geworfen — in Sowjetrußland.

Das sozialdemokratische Züricher „Volksrecht“ erhält aus zuverlässiger Quelle folgenden Bericht über den Stalinskurs in Rußland:

„Zu denjenigen, die neben Trozki, Kamenev, Rakowski usw. in erster Linie nach Sibirien oder in andere unwirtliche Gegenden Sibiriens verschickt wurden, gehören

die bisherigen Führer der russischen Gewerkschaften.

So traf das Los der Verbannung den auch in Westeuropa wohlbekannten Vorsitzenden des russischen Lebensmittelarbeiterverbandes, Kroll, ferner den Vorsitzenden des russischen Seeleuteverbandes, sowie einen der ersten Sekretäre des russischen Metallarbeiterverbandes. Auch ein Redakteur des „Trud“, des bekannten russischen Gewerkschaftsblattes, wurde deportiert.

Eine lange Reihe anderer Gewerkschaftsfunktionäre, die bloß im Verdacht standen, mit der Opposition zu sympathisieren, oder die schließlich für diese ein Wort einlegten, traf

die Maßnahme der sofortigen Entlassung,

was für die meisten gleichbedeutend mit dem Hungertode ist.

Die also auf die Seite Geschobenen oder Verbannenen bezeichnen die Regierung Stalin und ihre Anhänger übereinstimmend als ausgesprochene Faschisten, erklären, das Stalinregime sei heute so reaktionär und arbeiterfeindlich, daß es sich ruhig mit Mussolini vergleichen dürfe.

Die Stalinteile dagegen bezeichnen die Opposition und namentlich deren bisherige Vertreter an der Spitze der Gewerkschaften als die Urheber der „Verheerung“, die neuerdings in den Kreisen der Arbeiter Platz gegriffen habe. Tatsächlich wirkt sich die Wirtschaftspolitik der Regierung in einem

ungeheuer verschärften Lohndruck aus, in einer zunehmenden Verelendung der Arbeiter.

Die schon in ihrer jämmerlichen Kleidung einen traurigen Eindruck machen, die Leuerung, die Arbeitslosigkeit, die überaus schlimme Wohnungsnot und alles andere lastet.

Die Verschickung der Oppositionsführer nach Sibirien hat in Kreisen der alten Bolschewiki um so mehr Empörung hervorgerufen, als gleichzeitig mit ihr die Beurlaubung der weißgardistischen Offiziere erfolgte.

Die Verschickung der Verbannenen erfolgte am 4., 5. und 6. Januar. Zwei oder drei Tage zuvor fiel Sinowjew mit einem Drittel seiner Anhänger um, während zwei Drittel von ihnen festblieben. Dadurch, daß er keine Reue über seine abgeworfene Hand in Hand mit einer eigenhändigen

Attake gegen die Juden,

die unter der Opposition ein starkes Kontingent bilden und gegen die darum der Haß des Volkes offiziell geführt wird.

Warschau unzufrieden.

Notenwechsel statt Verhandlungen mit Litauen.

Warschau, 18. Januar.

Der Inhalt der litauischen Antwort auf die polnische Note, dessen Veröffentlichung durch die litauische Telegraphenagentur in Warschau überraschte, hat höchste Unzufriedenheit hervorgerufen. Während ein Teil der Presse, offensichtlich inspiriert, die litauische Antwort in höflicher Weise als ausweichend bezeichnet, nennt sie der „Glos Prawdy“ ein neues Dokument der Unzurechnungsfähigkeit. Der litauische Vorwurf, Polen organisiere in Lida ein litauisches Emigrantenheer, weist die litauische Antwort sowohl ihrem Inhalt als auch ihrer Form nach den Boden für die Aufnahme von Verhandlungen bieten könne. Man glaubt vielmehr, daß sich ein weiterer Notenwechsel entwickeln wird, dessen Ergebnis schon deshalb nicht zu übersehen ist, weil Litauen den Völkerbund in die Verhandlungen miteinzubeziehen wünscht, was hier als ein Verschleppungsversuch gedeutet wird.

Der Oberbefehlshaber der litauischen Armee ist am Dienstag plötzlich zurückgetreten. Angeblich sollen hierfür Gesundheitsgründe maßgebend gewesen sein.

Moskau als Friedensstifter.

Die Sowjetregierung hat in Kowno ein Memorandum über die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Litauen und Polen überreichen lassen. Der Inhalt dieses Schriftstückes wird vorläufig vertraulich behandelt.

Völkerbund-Untersuchung beantragt?

Ein Vorstoß der tschechischen Sozialisten.

Prag, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Die tschechischen Sozialdemokraten haben über die von österreichisch-ungarischen Grenz- oder österreichischen Zollbeamten beschlagnahmten Waffenfundungen eine Interpellation eingebracht, in der um Aufklärung über die Herkunft der Waffen erlucht wird. Sie verlangen Auskunft über das, was die Regierung unternommen habe, damit die internationalen Organe, die mit der Kontrolle Ungarns bezüglich der Einhaltung der Friedensverträge betraut sind, ihren Verpflichtungen nachkommen.

Genf erwartet die Initiative der Kleinen Entente.

Genf, 18. Januar. (Eigenbericht.)

Es wird hier sehr als sicher angenommen, daß die auf der englischen Grenzstation St. Gotthard angehaltenen Wagonladungen mit Maschinengewehren Anlaß für das erste Inves-

gationsverfahren des Völkerbundes bilden werde. Voraussichtlich werden noch im Laufe dieser Woche entsprechende Anträge von den drei Regierungen der Kleinen Entente eingereicht.

Oeffentlichkeit in Havanna!

Von U.S.A. gebilligt — nichts Wichtiges wird verhandelt.

Havanna, 18. Januar.

In der vorbereitenden Versammlung der Delegationsführer der Panamerikanischen Konferenz beantragte der Vorsitzende der argentinischen Abordnung Honorio Pueyrredon volle Oeffentlichkeit für die Verhandlungen auch der Ausschüsse. Der Antrag wurde von dem Vorsitzenden der Abordnung der Vereinigten Staaten, Hughes, unterstützt, was bei vielen Delegierten große Ueberraschung hervorrief.

Santiago de Chile, 18. Januar.

„El Mercurio“ schreibt, die Panamerikanische Konferenz trete unter wenig günstigen Auspizien zusammen. Die Vereinigten Staaten erschienen auf der Konferenz unter einer schweren Anklage, die den meisten Mitgliedern dieser seltsamen Versammlung auf der Sunge schwebte.

Bogota (Kolumbien), 18. Januar.

„Tiempo“ sagt zur Rede Coolidges auf der Panamerikanischen Konferenz, der Präsident der Vereinigten Staaten würde besser daran getan haben, das Panorama der interamerikanischen Beziehungen nicht aus Schauspiel der Gerechtigkeit hinzustellen.

Mussolini erobert die Wüste.

Schafe und Kamele erbeutet.

Rom, 18. Jan. ar.

Um die beiden libyschen Kolonien (Tripolis und Cyrenaika) endgültig territorial miteinander zu verbinden, sowie um das Gebiet an der großen Syrte vollständig zu besetzen und den letzten Widerstand der kriegerischen Negerstämme zu brechen, haben italienische Kolonialtruppen zwischen dem 3. und 14. Januar eine Reihe von Operationen ausgeführt, die sich zwischen Buerat und Hsun auf eine Strecke von 240 Kilometer ausdehnten. Den italienischen Truppen ist es gelungen, mehrere seit 1915 aufgegebene Drikschaften wieder zu besetzen. Die Aufständischen wurden gezwungen, sich nach Süden in Richtung Casis Zalla in Unordnung zurückzuziehen; sie ließen auf dem Schlachtfeld 100 Tote, 400 Gefangene, 500 Gewehre, 20 000 Schafe, 5000 Kamele, 30 Zelte und viel Material zurück.

Bestarp antwortet Zibusch.

Mary als Schwurzeuge für monarchistische Propaganda.

Graf Bestarp, der Führer der Deutschnationalen, sprach auf einer Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei:

„Darum halten wir an der Ueberlieferung des Kaisergedankens fest. Das Recht hierzu haben wir uns in der jetzigen Regierungskoalition erhalten. Nachdem der Vorsitzende der Zentrumspartei, Reichstagsführer Dr. Mary, ausdrücklich erklärt hat, seine Partei sei weder monarchisch noch republikanisch; nachdem die Bayerische Volkspartei betont hat, doch auch für sie die Annäherung an das Zentrum keine Preisgabe des monarchischen Gedankens bedeute, und nachdem die Deutsche Volkspartei in ihrem Programm im deutschen Reichertum das Sinnbild deutscher Einheit, die für unser Volk nach Geschichte und Befensart geeignetste Staatsform zu erblicken erklärt hat, wird niemand den agitatorischen Angriffen, die gegen uns erhoben werden, Bedeutung beilegen können.“

Mary als Schwurzeuge für die monarchistische Propaganda der Deutschnationalen — das zeigt seine Stellung von heute in bengalischer Beleuchtung.

Der bürgerliche Ton.

Im katholischen „Westdeutschen Volksblatt“ schreibt der Reichstagsabgeordnete A. Boos über „Politische Briefe, die besser unterblieben wären“, die folgenden Sätze:

„Es gibt wieder heute eine in Kreisen bürgerlicher Kalinos üblich gemordene Art, von Gewerkschaftssekretären und Arbeitersekretären zu sprechen, die wir entschieden ablehnen müssen. Es schwingt dabei etwas Despektierliches, Verachtendes in den Untertönen mit, das verletzt und beleidigt. Wir kennen den Ton aus der Vorkriegszeit. In den Tagen des Umsturzes und geraume Zeit danach spürte man wenig mehr davon. Der Mann der Arbeiterbewegung galt und man machte die Reuerenz, die nicht gesucht und nicht beanprucht war. Voraus ankommt, ist die natürliche und selbstverständliche Stellung, weiter nichts. Aber seitdem hat sich wieder etwas geändert, nicht allgemein, aber in weitem bürgerlichen Kreisen. Man fühlt sich wieder sicher, der Mechanismus, der Befehl und Amt verbürgt, ist in Ordnung. Nun kann man wieder von oben herab sprechen.“

Ein schöner Erfolg.

Aus einer kleinen Landgemeinde.

Einen hübschen Erfolg konnte die Sozialdemokratie in der Gemeinde Luth, Kreis Königsberg in Preußen, erringen. Hier fanden im Abstand von acht Wochen Kreisstags- und Gemeindevahlen statt. Bei den Kreisstagswahlen hatte die Sozialdemokratie 153 Stimmen auf sich vereinigt, die Bürgerlichen 151 und die Kommunisten 66. Am letzten Sonntag bei den Gemeindevahlen erhielt die Sozialdemokratie mit 199 Stimmen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, während die Bürgerlichen nur 122, die Kommunisten sogar nur 25 Stimmen erzielten.

Ein kleines, aber interessantes Symptom für die Stimmung auf dem flachen Lande! Innerhalb weniger Wochen haben die Bürgerlichen empfindlich verloren, die Kommunisten sogar fast zwei Drittel ihrer Anhänger eingebüßt.

Frankreich für deutsche Endsumme.

Es hat Interesse an der beschleunigten Festschließung.

London, 18. Januar.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ bezeichnet es als möglich, daß die Besprechungen des Generalagenten für Reparationen mit der französischen Regierung dazu führen werden, die endgültige Festschließung der deutschen Verpflichtung nicht, wie früher angenommen wurde, in fünf oder zehn Jahren, sondern schon nach dem ersten oder zweiten Jahr der Zahlung der vollen Jahreszahlungen durch Deutschland eintreten zu lassen. Die Verhandlungen seien zwar geheim, aber soviel man höre, fänden die Vorschläge Parker Gilberts nicht den Widerstand, den die früher von Frankreich an seinem Bericht geübte Kritik erwarten ließ.

Parker Gilbert bei Briand.

Paris, 18. Januar.

Minister des Äußeren Briand hat gestern nachmittag den Generalagenten für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, und den Vorsitzenden der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Davidson, empfangen.

Das belgische Mitglied der Saarregierung, Lambert, hat endlich seinen Rücktritt zum 31. März angekündigt. Sein Nachfolger — vermutlich ein Skandinavier — wird auf der Märztagung des Kais bestimmt werden.

Solidarität mit Bazille.

Die Deutschnationalen übernehmen die Verantwortung.

Die Deutschnationale Parteikorrespondenz erklärt ihr Einverständnis mit der tolen Rede Bazilles auf der Bänderkonferenz. Sie schreibt:

„Kann es wundernehmen, daß der „Vorwärts“ solche Ausführungen übernimmt, Bazille hat sich ja die Gedanken, gänge der deutschnationalen Entschiedenheit vom 7. Dezember 1927 zur Verwaltung- und Verfassungsreform zu eigen gemacht, in der auch die Einschränkung der Minderheitsrechte der Parlamente durch Ausbau der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten gefordert wurde. Auch Bazille trat für die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen ein, er verlangte die Vereinigung der Aemter des Reichspräsidenten und preußischen Staatspräsidenten.“

Die unverantwortliche Drohung mit dem Reichsverrat ist also deutschnationale Parteisache.

Parlamente und öffentlicher Haushalt.

Höpler-Wachhoff über sparsame Finanzwirtschaft.

Auf der Bänderkonferenz behandelte Dienstag nachmittag der preussische Finanzminister Dr. Höpler-Wachhoff als Referent das Thema des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamer Finanzwirtschaft“. Er betonte zunächst, daß der Preussische Landtag stets ein hohes Maß von Verantwortung bei Ausgabeentscheidungen gezeigt habe. In einem Vergleich aus England und Frankreich zeigte dann der preussische Finanzminister die besondere Rolle, die der Haushalt in Deutschland infolge der Zwangsläufigkeit der Ausgaben und der Rechte des Parlaments spielt. Er rief, die Bestimmung zu übernehmen, daß Anträge auf Mehrausgaben nur mit Zustimmung der Regierung eingebracht werden können. Ferner soll das Parlament die Einnahmen im Etat nicht höher einstellen dürfen als die Regierung verlangt. Anliegegesetze dürfen nicht als Initiativanträge eingebracht werden. Finanzminister Dr. Höpler-Wachhoff behandelte dann die Stellung des Finanzministers im Kabinett.

Um ein weiteres Ansteigen der öffentlichen Haushalte zu verhindern, müßte die Bestimmung getroffen werden, daß Etats-erhöhungen gegenüber dem Vorjahre nur mit Zustimmung des Finanzministers vorgenommen werden dürfen. Der Referent warnt daher, dritte Stellen, etwa den Reichspräsidenten oder den Reichsparlamentarier, einzuschalten. Auch erklärte er sich gegen ein Einspruchsrecht des Reichsfinanzministers gegenüber dem Landtag. Das sei eine unmögliche Aufgabe für den Reichsfinanzminister.

Der Minister behandelte dann die Finanzgebarung der Gemeinden und führte aus, daß die Schranke, die die Beratungsstelle für Länder und Gemeinden sei, nicht noch weiter erhöht werden könne. In Preußen habe die Verwaltung in den Kommunen eine sehr starke Stellung, sowohl der Magistrate wie der Bürgermeister. Zudem bestehe ein Vetorecht der Aufsichtsbehörde, daß die Beschlüsse über die Festlegung der Steuern von gewissen Sägen abgesehen werden müssen. Es komme da nur noch ein Eingriff der Aufsichtsbehörde in Frage, wenn der Etat gegenüber dem Vorjahre anwache.

Die Bänderkonferenz nahm heute morgen ihren Fortgang mit dem Referat des sächsischen Innenministers Lepelt über Verwaltungsreform in Reich und Ländern, zu dem der bayerische Innenminister Stübel das Korreferat erstellte.

Die Jaggennotverordnung vor dem Landtagsschluß. Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages billigte am Dienstag die bekannte Komposition vom 8. August über die Befestigung der Dienstgebäude und Schulen in den Gemeinden. Für die Verordnung waren 15 Stimmen der Regierungsparteien, gegen sie 11 Stimmen der Rechten und der Kommunisten.

Die Tagung des IOB.

Die Konferenz der Berufsfretäre.

Heute vormittag trat die vom Ausschuß eingesetzte Kommission zu ihren Beratungen zusammen, über deren Ergebnis sie der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses und der Internationalen Berufsfretäre am Donnerstag berichten wird.

Die Konferenz der Vertreter der Internationalen Berufsfretariate wird von dem Genossen Mertens eröffnet und geleitet. Die neugegründete internationale Vereinigung der Maschinisten und Heizer hat ihre Zustimmung zum IOB. beantragt. Nach einiger Diskussion wurde dem Vorschlag zugestimmt, die Entscheidung dem Bureau des IOB. zu überlassen, so daß etwaige Einsprüche noch geltend gemacht werden können.

Die Tagesordnung der Konferenz betrifft zunächst die Beziehungen der Internationalen Berufsfretariate mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, in Verbindung mit der Frage, welche Veränderungen im Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung in den verschiedenen Ländern

oder aus anderen Gründen hinsichtlich der organisatorischen Beziehungen vorzunehmen seien.

Die eingehende Diskussion, die in der Hauptsache von den Genossen Tom Shaw, Simon, Tarnow und Flumen bestritten wird, dreht sich in der Hauptsache um die Durchführung der in Paris neu getroffenen Regelung der gegenseitigen Beziehungen und die besonderen Aufgaben der Konferenzen der Berufsfretariate.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung betreffen die Durchführung der Kongreßbeschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Umgestaltung der Presse der Internationalen Berufsfretariate unter Beihilfe oder Mithilfe des IOB. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt, doch soll dem Bureau des IOB. empfohlen werden, die künftigen Konferenzen der Berufsfretäre vorzubereiten und entsprechende Richtlinien auszuarbeiten.

Die Aussprache sollte eine Reihe wichtiger Anregungen auf-

Der ungeheure Pensionsetat.

Selbst-Putschisten erhalten Renten / Die Generalspensionen

Der Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter, der in der Dienstlosgang des Ausschusses für den Reichshaushalt beraten wurde, schließt ab mit 1780,3 Millionen Mark, und ist damit der größte aller Etats. Am nächsten kommt ihm der Kriegsaltenetat mit seinen 1434,5 Millionen. Gegenüber den 223,8 Millionen, die diese beiden Etats zunächst zwangsläufig veranlassen, bleiben die 1724,6 Millionen weit zurück, die das Reich für seine gesamte Verwaltung einschließlich der Wehrmacht gebraucht. Es war daher klar, daß in der sehr ausführlichen Beratung die Frage einen breiteren Raum einnahm, ob in absehbarer Zeit mit einer Verminderung der Lasten aus dem Etat für Versorgungs- und Ruhegehälter zu rechnen sei.

In der Spezialberatung wurde vom Genossen Koffmann die folgende Entschiedenheit eingebracht und begründet: Die Reichsregierung zu ersuchen, Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Jahre 1870/71 und aus früheren Feldzügen ab 1. April 1928 einheitlich auf 30 Mark im Monat festzusetzen. Die Regierung erklärte, der Antrag würde 4 Millionen kosten. Darauf lehnten die Regierungsparteien den sozialdemokratischen Antrag zwar ab, nahmen aber einen Antrag Quack an, der in Fällen besonderer Notlage eine angemessene Erhöhung der Beihilfen verlangt.

Eine weitere sozialdemokratische Entschcheidung verlangt von der Reichsregierung unermäßig eine Gesetzesvorlage über die Festlegung einer Höchstpension und Regelung der Pensionserhöhung bei hohem Arbeitseinkommen vorzulegen; sie wurde angenommen. Einstimmige Annahme fand eine Zentrumsentschließung, nach der die Regierung dem Reichstag baldigt den Entwurf eines Pensionsgesetzes für politische Beamte vorlegen solle.

Bei dieser Gelegenheit brachte Genosse Koffmann den Fall Graf von Graf in der vertraute Mitarbeiter von Hitler, war beim Putsch am 9. Oktober 1923 in München verwundet worden und hat trotzdem von den bayerischen Stellen eine Rente zugesprochen erhalten. Die gleichen bayerischen Stellen lassen jetzt die Witwe Eisner im Armentum eine Pension kämpfen.

Genosse Stücken wies auf den ungläublichen Zustand hin, daß nach diesem Etat 75 Offiziere im Range eines Generalsmajors, 37 im Range eines Generalleutnants und 13 im Range des Generals Pension erhalten. Diese Männer seien vorzeitig bei voller Gesundheit pensioniert worden, damit der Nachfolger einrücken konnte, der dann nach zwei Jahren auch wieder ausscheidet.

Kommunisten im Hafenzuglerverein.

Sie unterstützen die bolschewistischen Studentenschaften.

Aus Studententreffen wird uns geschrieben:

Die kommunistischen Studenten der Universität Berlin haben, wie sie selbst zugeben und wie protokolllarisch festgelegt worden ist, ihren Beitritt zu der neu gegründeten Freien Studentenschaft vollzogen, einer Organisation, der keine der nicht bolschewistischen Gruppen angehört. Sie haben nicht nur ihren Beitritt erklärt, sondern auch bereits am 12. Januar an einer Sitzung dieser Freien Studentenschaft teilgenommen. Um das Faktum voll würdigen zu können, muß man wissen, daß die Freie Studentenschaft weiterhin im organisatorischen Zusammenhang mit der Deutschen Studentenschaft bleibt, die ihrerseits als Gesamtorganisation an der sogenannten Würzburger Verfassung festhält und somit auch an der Tendenz des sogenannten Kriegerparagrafen, der bekanntlich zwischen arischen und nichtarischen Auslandsdeutschen unterscheidet. Die kommunistischen Studenten verschmähen es nach ihren eigenen Angaben auch nicht, der Freien Studentenschaft freiwillig Beiträge zu zahlen, und da diese Freie Studentenschaft ihrerseits natürlich auch Mittel an die Deutsche Studentenschaft abführen wird, werden aus diesem Fonds gleichzeitig die stets verschuldeten hafenzuglerischen Kompositionen an der Wiener und Brager Universität unterstützt werden. Warum das alles? Bloß um nicht durch irgendeine Koalition mit der sogenannten Zellenbildung verhindert zu werden, von der sich das Kommunistengruppchen offenbar weitgehende agitatorische Möglichkeiten verspricht.

Soldat Schwejt und der Staatsanwalt

Die Breslauer Staatsanwaltschaft hat gegen eine dortige Wochenzeitung wegen Abdrucks des bekannten satirischen Romans „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejt im Weltkrieg“ von Jaroslav Hasek Anklage erhoben. In der köstlichen Figur des Festkuraten Kaj erblickt sie eine „Verbreitung unzüchtiger Schriften“. Die Breslauer Staatsanwaltschaft ist im Irrtum. Der brave Soldat Schwejt hat keinen Siegeszug durch die ganze Welt genommen und hat die Bekanntschaft einer bolschewistischen Staatsanwaltschaft gar nicht nötig. Was würde Schwejt auf die Anklage antworten: „Reide gehoramt, daß ich bin böß.“ Nicht wahr, Herr Staatsanwalt?

Diskussion über Ehe und Untreue.

Kammerspiele.

W. S. Maugham, der uns schon öfter mit seinen hübsch beobachteten und schmissig durchgeführten englischen Komödien erfreut hat, bringt in seinem Lustspiel: „Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“ unsere wohlkundamentierten Anschauungen über die Ehe ins Bankett. Dabei geht er nach einem verblüffend unkomplizierten Rezept vor. Er entwirft die Ehe ihrer Romantik, die sowieso nicht mehr in die heutige sochlich nüchterne Zeit paßt. Wertwürdigerweise wird man das Gefühl nicht los, daß die Auseinandersetzungen alles andere als original sind. Und doch hält uns die mit so sicherem Blick für Bühnenerfolg aufgezogene Komödie von der ersten bis zur letzten Szene in ihrem Bann. Das kommt daher, daß wir uns lange darüber klar sind, auf wie zerbrechlichen Füßen die Ehe-Ethik ruht. Es hat das nur bisher keiner in Lustspiel mit solcher Festgerichtigkeit ausgesprochen. Constance, eine äußerst energische Frau und lebenslustige Dame, führt die ganze Ehe moral ad absurdum, indem sie nichts als ihren nüchternen Verstand walten läßt. Sie ectappi ihren Mann auf einen Seitenstrang. Zum großen Erstaunen aller Beteiligten nimmt sie ihn und ihre Freundin in Schuß, mit der sie ihre Haite hintergangen hat. Es wird wohl an ihr selbst liegen, sagt sie, wenn sie noch 13jähriger Ehe ihrem Mann nicht mehr reizvoll genug erscheint. Dieses überirdische Heldentum hat aber höchst reale Hintergründe. Sie hat sich nämlich in ihren früheren Jugendfreund verliebt und beginnt eine Liebschaft mit derselben Bedenklosigkeit, die ihr Gott gezeigt hat. Da sie erzählt ihm sogar ganz offen, was sie vorhat, und dem armen Mann bleibt nichts übrig, als dazu ja und amen zu sagen. Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Im Leben wird sich selten ein Mann damit einverstanden erklären, daß seine Frau ihm Hörner aufsetzt, besonders wenn er sie von neuem bewundert und anbetet. Hätte der Verfasser seiner Komödie eine Wendung nach dieser Richtung gegeben, so wäre sie fischig geworden. Dies sei nur nebenher erwähnt als nachdenklicher Beitrag zum Problem Kunst, Leben, Rißch.

Der Regisseur Horster Sarringog läßt die Komposition frisch und flott dahinfließen. Er legt über das amüsante Lustspiel einen Schimmer von Oberflächlichkeit, so daß man erst nach dem Hassen des Vorhangs merkt, wie beunruhigt die Komödie im Grunde stimmt. Er selbst spielt den betrübenden und betrogenen Ehemann, entzückend leichtfertig, Kavaller ohne Leidenschaft und Lebenskünstler aus Gewohnheit. Hätte er sich beobachten können, so würde er die leichte Trottelhaftigkeit abgetreift haben, mit der er seine Rolle versteht. Er hätte auch seine Partnerin Leopoldine Konstantin daran verhindert, die Hauptrolle mit einer Akte auszuspielen, die nicht im Sinne des Lustspiels liegt. Die Konstantin spielt ihre Constance mit bewundernswertem Charme und der erlauchtesten Sicherheit der vollendeten Dame von Welt. Ihre Liebeslegenheit,

ihr Schicksal, ihre selbstverständliche Lebenswürdigkeit funkeln. Ihre Routine verleiht sie aber dazu, die Herzenswärme in ihrem an sich reizvollen Spiel nicht aufkommen zu lassen. Zurückhaltend, vornehm und innerlich gestaltet Theodor Hoos ihren Liebhaber. Kaprizios und voller Unmut ist die muntere Margarete Köpcke, und ein eigenartiges und eigenwilliges Talent Erna Reigbert, ein weiblicher Groteskkomiker.

Das charmante Lustspiel entzückt das Publikum sofort. Beifall ertönt auf offener Szene, und der Schlußapplaus will nicht enden. Ernst Degner.

„Stiefmama“ im Residenz-Theater. Die Geschichte von der Frau um vierzig herum, die nicht alt werden will, die sich als Stiefmama ihrer Tochter ausgibt, weil diese bereits lechzehn Jahre zählt. Die Geschichte von der Frau, die hungrig, menschenleibt, punktroff, um die moderne schlanke Linie zu erzielen. Aber alle geistigen und körperlichen Anstrengungen nützen nichts, am Schluß wird doch das wahre Alter enthüllt, das ganze künstliche Gebäude bricht zusammen. Dies das Thema des Lustspiels von Ludwig Hirschfeld und Paul Frankl. Daneben die üblichen Liebeskneten und ein Brautpaar am Ende. Es entlehnt ein Kompositum von grobdrähtigem Situationslustspiel und Charakterkomödie mit einem Dialog, der stellenweise geistreich funkelt. Die Verfasser verleben sich hin und wieder derart in den Dialog, daß sie darüber die Handlung vergessen. Die Regie hätte konzentrieren müssen, leider bevorzugt sie das Gegenteil. Von den Darstellern bieten zwei ausgezeichnete Leistungen. Paul Hendels ist ein abgeleiteter Mensch, ein Raisionneur mit goldigen Herzen, äußerlich widerwärtig stachlich, grab, eine Figur aus einer Schnitzler-Komödie, und Hansi Ernst ist die ewig jung sein wollende Frau mit garten, verwischten Fortbäden, mit quellendem Lachen, mit routinierter, scharmanter Koketterie. Unmöglich ist die Dekoration. B. S.

„Mannchen Bis“ im Seidenfimo. Das eigenartige und derbe Wahrzeichen der Stadt Brüssel, die 1619 errichtete Bronzefigur des „Mannchen Bis“, wird eine neue und ungewöhnliche Ehre erfahren. Der japanische Gesandte in Belgien wird nämlich demnächst dem Bürgermeister von Brüssel ein prachtvolles Seidenfimo feierlich überreichen, das von der japanischen Zeitung „Wasi“ für das Männchen geschickt ist, das sich so wenig anständig äußert und doch dem heiligen Volkstum so ehrwürdig ist. Die Figur, die ab und zu bei besonderen Gelegenheiten mit einem kostbaren Kleidungsstück geschmückt wird, wird den japanischen Kimono ebenso stolz tragen wie die vielen anderen Gewänder, die ihm bereits geschenkt worden sind. In der reichhaltigen Garderobe des „Mannchen Bis“ befinden sich u. a. das Kostüm eines Kokoto-Marquise, das von König Ludwig XV. gespendet wurde, die Uniform eines französischen Regiments, das 1919 in Brüssel in Garnison lag, und zahlreiche Uniformen belgischer Regimenter sowie Volkstrachten und lustige Gewänder, die von verschiedenen Vereinigungen ihm dorgebracht wurden.

Deilings Geburtsstadt Komens bereitet anlässlich des 200. Geburtstag im Januar 1929 eine Feier großen Stils vor. U. a. soll ein Kessing-Haus errichtet werden.

Shaws Testamente.

„Jedes Drama, jedes meiner Vorträge enthält eine Botschaft.“ So sagte Shaw in einem Gespräch mit dem deutsch-amerikanischen Schriftsteller Bieder, das in der „Austische“ wiedergegeben wird. Mehr Wert als auf seine Dramen legt der große Dichter-Denker auf seine Vorträge. Hier hat er seine verschiedenen „Testamente“ niedergelegt. Das Wortwort zu „Androsus und der Löwe“ — beachtete Sie wohl: das Wortwort —, so erklärte er, „ist mein Testament über das Christentum. Aber mein großes Werk darüber ist mein Wortwort über die Religion der „Schöpferischen Evolution“ zu „Zurück zu Methusalem“. Alle meine Vorträge sind von Bedeutung, besonders das zu „Major Barbara“. Letzteres ist mein Testament über die Ehe. „Hous Herzogstod“ ist mein Testament über den Krieg, das Wortwort zu „Cohor und Kleopatra“ mein Testament über das Genie, und mein soziales Evangelium ist in meinem neuen Buch über den Sozialismus enthalten.“

Bieder fragte dann, welches denn sein Testament über die Liebe sei. „Der Liebe“, erwiderte Shaw etwas verächtlich, „fehlt das persönliche Interesse. Liebe ist die unpersonliche aller Leidenschaft. Sie ist eine iltate Erfahrung in wirklichen Totsachen, aber auf dem Papier wird sie nur dadurch dem Reich untrüglischer Langeweile entzogen, daß man sie zum Gegenstand der biologischen Wissenschaft macht. Selbst Shakespeare konnte die Liebe nicht interessant gestalten. Jedermann nähmt in „Romeo und Julia“, wenn Mercutio und die Kanne die Bühne verlassen. Alle großen Liebesgeschichten, wie z. B. Francesca da Rimini, sind lanawellig. Alle Menschen, die verliebt sind, sind glückliche Dioten.“ Die Ursache von Europas Elend war das Fehlen einer Religion, so schloß Shaw sein Bekenntnis. „Schon vor Darwin hatte die Religion ihren Fall verloren. Shakespeare hatte keine Religion. Er glaubte an nichts. Deshalb unterzog er sich nie der Mühe, ein originelles Drama zu schreiben. Er hatte keine Botschaft. Dahnagen war Goethe religiös, und das lehte ihn in stand, den „Faust“ in seinem hohen Alter zu vollenden. Die natürliche Zuchtwahl muß bei der Anpassung des Lebens an unseren Planeten eine ungeheure Rolle gespielt haben, aber es ist die schöpferische Evolution, die den Planeten unferm fortzulebten Streben nach größerem Wissen und größerer Macht angleicht.“

Eine österreichische Ausstellung in der Wohnung der Königin wird die Kunst in Gemeinschaft mit dem Österreichisch-Deutschen Volkstum fördern. Es sollen Werke österreichischer Künstler vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, hervorragende Kunstschmucke, hergestellt werden. Vieles davon stammt aus der Sammlung der Albertina in Wien.

Ein Teil-Planetarium in Moskau. Die Zvezda der Stadt Moskwa hat in der Firma Carl Zeiss in Jena die Herstellung eines Teil-Planetariums in Auftrag gegeben. Das Planetarium wird im Zentrum der Stadt Moskwa in den ehemaligen Zirkus eingebaut werden.

Johees Memoren verkündet. Friedrich Schiller hat jetzt seine Streifen, die er im Jahre 1799 eine Feier großen Stils vor. U. a. soll ein Kessing-Haus errichtet werden.

Kältewelle im Anzuge?

In Schweden - 35 Grad.

In Mittel- und Nordschweden ist, einem Telegramm aus Stockholm zufolge, plötzlich ein starker Temperatursturz eingetreten. In Stensala wurden beispielsweise heute früh um 8 Uhr - 34 und in Särna - 35 Grad gemessen. Wahrscheinlich ist noch eine weitere Steigerung der Kälte zu erwarten.

Wie uns vom amtlichen Wetterdienst mitgeteilt wird, wird auch vermutlich schon morgen, Donnerstag, die deutsche Ostseeküste in den Bereich dieser Kältewelle gelangen. Das Hochdruckgebiet, das sich augenblicklich über ganz Schweden, Finnland und die russischen Randstaaten erstreckt, zieht langsam nach Südosten, so daß bei anhaltenden östlichen bis südöstlichen Luftströmungen die Temperaturen in Deutschland sinken werden. Schon von morgen ab soll in dem größten Teil Deutschlands, abgesehen von Westdeutschland, leichter Frost bei wechselndem Himmel eintreten. Mit erheblichen Niederschlägen ist kaum zu rechnen. Die zu erwartende Frostperiode wird, so sagen wenigstens die Wetterpropheten, nicht von allzu langer Dauer sein. Im Westen lagert eine umfangreiche und kräftige Depression, die langsam schwärz nachdringt und oberhalb eines Witterungswechsels verweilt.

In Königsberg i. Pr. herrscht bereits 5 Grad Frost. In Rempel würde heute früh minus 4 Grad festgestellt. Stettin verzeichnete noch - 1 Grad. In Berlin schwankte das Quecksilber in den Mittagsstunden um null Grad. In den Bergen herrscht überall Frostwetter, in einzelnen Gebieten haben wieder Schneefälle eingesetzt, die den Winterpost begünstigen.

Liebestragödie im Grünauer Forst.

Eine junge Frau und ihr Geliebter erschossen aufgefunden.

Waldarbeiter stießen heute früh im Jagen 78 der Grünauer Forst auf die Leichen eines jüngeren Mannes und einer Frau. Neben den Toten lag eine Mehrladepistole, aus der zwei Schüsse abgefeuert worden waren. Die Polizei wurde von dem Vorfall sofort in Kenntnis gesetzt und entsandte mehrere Kriminalbeamte an den Tatort. Wie bald festgestellt wurde, handelt es sich bei den Toten um den 24jährigen Arbeiter Wilhelm H. und die 20jährige Ehefrau Elise Sch., die in Jeesen bei Königs-musterhausen wohnten.

Die erst kurze Zeit verheiratete Sch. lernte vor mehreren Monaten Wilhelm H. kennen und zwischen beiden entspann sich ein Liebesverhältnis. Da eine eheliche Verbindung unmöglich war, beschloßen die jungen Leute, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Das Paar traf sich gestern abend in Grünau und begab sich in den Forst. Hier richtete H. die Waffe zuerst gegen seine Geliebte und tötete sie durch einen Schuß in die Schläfe. Dann jagte er sich selbst eine Kugel in den Kopf.

Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach der Grünauer Friedhofshalle übergeführt.

Eine Lücke im Mietrecht.

Anreiz zur Härte gegen Mieter.

Von der großen Zahl der Räumungsurteile wegen Mietschulden oder erheblicher Verfallung gelangte bisher nur ein verhältnismäßig kleiner Teil zur Zwangsversteigerung. Waren alle verurteilten Mieter ermittelt worden, so hätten die zuständigen Behörden nicht einmal im Familienobdach genügend Platz schaffen können. Die Mietaufhebungsfrage hatte bisher bei den meisten Hausbesitzern, von besonders schweren Fällen abgesehen, in erster Linie den Zweck, durch das Räumungsurteil auf die verurteilten Mieter einen starken Ordnungsdruck auszuüben. Man verachtete also vielfach zunächst auf den Räumungsanspruch, wenn der verurteilte Mieter seine Mietschulden bezahlte oder zusage, nicht mehr andere Fehler zu begehen, die zum Räumungsurteil geführt haben. Der Reizung der Hausbesitzer, daß sie später, bei Wiederholung von Unordnung, den auf Räumung lautenden Schutzbüchel vollständig lassen könnten, sind in letzter Zeit häufiger die Gerichte entgegengetreten, indem sie die Aufwertung der Vollstreckungsklausel verweigerten. Die Hausbesitzerpresse schreibt daher, der Vermieter werde gut tun, mit der Vollstreckung des Räumungsurteils nicht zu lange zu warten, denn sonst könne seine Gutmütigkeit zum Verlust der Rechte aus dem erstirren Urteil führen.

Das ist das Programm der Härte. Der Befehlgeber muß hier eingreifen, wozu sich bei der gegenwärtigen Beratung über die Gestaltung der Mietrechtsgesetze die beste Gelegenheit bietet. Mit Befreiung des Schutzbüchels wäre nichts gewonnen. Es muß gefesselt genau festgelegt werden, unter welchen Umständen die Exzesse nicht mehr zulässig sind. Kommen später neue Unzulänglichkeiten vor, so kann der Vermieter eine neue Mietaufhebungsfrage einleiten.

Merkwürdige Brandstiftung in Lichterfelde.

Eine Brandstiftung beschuldigt die Kriminalpolizei des Polizeiamts Steglitz. In der Eilbabeichstraße 25 zu Lichterfelde wohnt im 3. Stock ein Beamter mit seiner Frau und seinem Sohn. Während Vater und Sohn sich am Dienstag nachmittags in ihren Büros befanden, ging die Frau aus, um einzukaufen und nach ihrem einkaufenden Hunde zu suchen. Sie schloß die Wohnungstür regelrecht ab. Als sie nach einiger Zeit zurückkehrte, sah sie aus einem Fenster der Wohnung Qualm herausdringen. Sie alarmierte die Feuermehr und die Polizei und es ergab sich, daß das ganze Schlafzimmer ausgebrannt war. Der Brandherd befand sich mitten im Zimmer. Die Untersuchung ergab, daß Brandstiftung vorliegt, und zwar offensichtlich vorsätzlich. Von der Eingangstür war das Schließblech abgeschraubt. Das Schloß war nicht mehr in Ordnung. Ein Einbrecher muß die Abwesenheit der Frau benutzt haben, um unbemerkt einzudringen. Ob er dann das Feuer angelegt hat, um den Einbruch zu verdecken oder ob der Brand durch irgendeine Fahrlässigkeit von ihm hervorgerufen worden ist, läßt sich nicht sagen. Es ist auch nicht festzustellen, ob er aus dem Schlafzimmer etwas gestohlen hat, denn hier ist alles verbrannt.

Konzert des Schupo-Chores.

Mitten aus dem sogenannten „Fischingstreben“ und Bachler-nymmel gerät man in der Hochschule für Musik plötzlich auf ein Eiland still-befindlicher Festesfreude. Da steht eine Schaar weiß-gelblicher Jugend und lacht, gemeinsam mit der männlichen Sängerschicht, schlichte, traurige Volksweisen von treuer Liebe, die da nicht lassen kann, dann launige Worte vom abgeblühten Freierrmann, dem Fernabschauen eine harte Kuh zu machen gibt. Dem A-cappella-Gesang der Vollsänger folgte dann der Hirtentanz aus Schubert's „Kolumbus“, des „Ave verum“ von Mozart und „Wing's „Der Herr ist König“ mit Orchesterbegleitung. Unter der feinsinnigen Leitung ihres Dirigenten Hans Rostin klangen die Chöre außerordentlich sauber und empfindungsreich. Die archaische Begleitung, wie immer, vorzüglich. Besonders der Hirtentanz in seiner stierlich-orabestenen Färbung und, im Gegensatz dazu, die machtvolle Melodie des Chormerkes „Der Herr ist König“ fanden starken Beifall. Kammerleiterin Hedwig Franck-Raummann sang die Capatine aus Rossini's „Barbier von Sevilla“. Vergangenes geht nicht wieder und als Sängerin von Götterdämmerung soll man nicht an einlässigen Brauturarien denken, sondern das Repertoire nach den vorhandenen Mitteln wählen. Den Schluß des Abends bildete die prächtige Ballade „Erkennens Töchter“, in der Fred Drissen als Olaf, ein überaus kultivierter Sänger mit schönem Material und Pauline

Die Streifflage in Mittelddeutschland

Mustergültige Disziplin. — Zurückweisung der KPD-Parolen.

Halle a. d. S., 18. Januar. (Eigenbericht.)

Heute vormittag tagte in Köthen eine Bezirkskonferenz der Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Bezirksleiter Köhler berichtete über den Stand der Bewegung. Nach seinen Informationen stehen gegenwärtig etwa 17000 Metallarbeiter im Kampf. Die Parolen der Organisationen wurden fast reiflos und mit Einmütigkeit durchgeführt, so daß die Streikbewegung in mustergültiger Ordnung vor sich geht. Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern Verhandlungen statt. Die Gewerkschaftsvertreter beharrten nachdrücklich auf ihren Forderungen, während die Unternehmer nur zu geringen Zugeständnissen bereit waren. Nach eingehender Aussprache nahm die Köthener Bezirkskonferenz folgende Entschliessung an:

„Die am 18. Januar in Köthen tagende Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Halle nimmt Kenntnis vom Bericht der Bezirksleitung über den Stand der Bewegung und heisst die in Berlin eingenommene Haltung der Verhandlungskommission gut. Die Konferenz weist ebenfalls scharf die Schreibweise der kommunistischen Presse sowie ihre Einmischung in

diesen Kampf zurück, die nur dazu angehen ist, Vermittlung in die Reihen der kämpfenden hineinzufragen und sich schädigend auf den Kampf auswirken muß. Die Konferenz gibt ferner ihrer Freude Ausdruck über die mustergültige Aufnahme des Kampfes und fordert die Kollegen auf, nach wie vor Disziplin zu wahren und nur den Anweisungen der Organisationsleitung Folge zu leisten.“

Der Gehalts-Konflikt in Oberschlesien.

Ablehnung des Schiedspruches durch die Unternehmer.

Oleisch, 18. Januar.

Der von der ober-schlesischen Schlichterkammer in der vorigen Woche gefällte Schiedspruch, der eine Gehaltserhöhung für die Angestellten der ober-schlesischen Schwerindustrie rückwirkend ab 1. Januar um 6 1/2 Prozent vorsieht, ist von den Unternehmern abgelehnt worden. Die Angestellten nahmen den Schiedspruch an und beantragten beim Reichsarbeitsminister seine Verbindlichkeitsklärung. Der von der Schlichterkammer vorgelegte Entwurf für den neuen Tarif wurde von beiden Seiten gebilligt.

Frauen vor dem Richter.

Haushälterin, Freundin und Geliebte.

Eine Witwe in vorgerücktem Alter erscheint als Klägerin vor dem Arbeitsgericht. Von dem Erben eines verstorbenen Postunterbeamten, dem sie bis zu seinem Tode den Haushalt geführt hat, fordert sie 400 Mark als Lohn für zehn Monate.

Erkennt fragt der Richter: „Wie geht denn das zu, daß Sie zehn Monate keinen Lohn bezogen haben?“ Der Sohn des Verstorbenen, der die belagerten Erben vertritt, antwortet: „Vater hat uns gesagt, sie ist seine Geliebte, und wenn sie ihm nicht mehr paßt, dann läßt er sie laufen. Sie war also nicht als Haushälterin angestellt.“ Auf die Frage des Richters, wie sich das verhält, erklärt die Klägerin: „Wir wollten uns heiraten, darum bin ich zu ihm gezogen. Ueber Lohn haben wir nicht geredet. Aber aus der Heirat ist doch nichts geworden, und nun will ich den Lohn als Haushälterin haben.“

Der Richter befragt die Klägerin: „Darauf haben Sie keinen Anspruch. Sie haben nicht in einem Arbeitsverhältnis bei dem Verstorbenen gestanden, sondern Sie waren seine Freundin. Sie haben ihn in Erwartung einer Heirat gepflegt, haben Kost und Wohnung erhalten, das Gericht kann Ihnen nichts zusprechen.“ — „Wir hätten uns ja mit ihr geeinigt“, sagt der Sohn, „aber sie ist ja nach Vaters Tode so aufgetreten, hat gesagt, jetzt ist sie die Herrin im Hause und hätte uns am liebsten rausgeschmissen. Uebrigens hat ihr Vater ja etwas von seinem Hausrat vermacht.“ — Das Testament des Verstorbenen wird vorgelegt. Es verteilt den bestehenden Bestand an Möbeln, Betten und Hausgeräten unter die Kinder des Verstorbenen und befreit auch die Klägerin sowie ihre Tochter mit einigen nicht besonders wertvollen Gegenständen.

„Na, sehen Sie“, bemerkt der Richter, „daraus geht doch klar hervor, daß der Verstorbene Sie nicht als seine Haushälterin, sondern als seine Freundin betrachtet hat. Nehmen Sie die Klage zurück, Sie haben hier gar keine Aussicht.“ Aber die Klägerin will nichts davon wissen. Sie behauptet, der Verstorbene habe mehr als 500 Mark bares Geld hinterlassen, und sie glaubt, einen Teil davon als Lohn für ihre Tätigkeit im Haushalt beanspruchen zu können. — Doch der Richter befragt sie: „Und wenn er mehrere tausend Mark hinterlassen hätte, Sie haben keinen Anspruch darauf. Aber vielleicht ist der Vertreter der Belagerten bereit, der Klägerin freiwillig etwas zu zahlen?“ — „Aus-

geschlossen“, erwidert der Sohn, „nachdem sie sich so aufgeführt hat.“ Die Klage wurde schließlich abgewiesen. Die Klägerin muß nach der unerfüllt gebliebenen Aussicht auf eine Heirat auch die Hoffnung auf eine Geldbeschädigung begraben und hat außerdem die Kosten des Prozesses zu tragen.

Die „gebildete Hamburgerin“.

Mit einem großen Redeschwall betrat eine zierliche Blondine, die aus blauen Augen treuherzig in die Welt sah, den Gerichtssaal, um sich wegen einer Anklage, die auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und wörtlicher und tätlicher Beleidigung von Schupobeamten lautete, zu verantworten. „Ich bin kein wildes Tier“, sagte sie, „die Beamten haben mich beleidigt und mißhandelt, und dagegen habe ich nur protestiert. Der Beamte sagte: „Scheren Sie sich weg.“ Das habe ich mir nicht gefallen lassen. Als er es wiederholte, habe ich ihm gelogt: „Herr Beamter, ich bin eine gebildete Staatsbürgerin, solche Löhne bin ich nicht gewöhnt. Sie aber benehmen sich wie ein Portier im Lumpenkeller. Ununterbrochen redete sie so weiter. Sie ließ weder den Vorsitzenden noch einen Zeugen zu Worte kommen. Immer wieder fuhr sie mit einem neuen Redeschwall dazwischen, versicherte immer von neuem entschuldigend, daß sie sehr nervös und impulsiv sei und betonte ihre Bildung. Die Schlichterung aller Zeugen über den Vorfall, der zur Anklage geführt hatte, ergab, daß die Angeklagte eines Nachts um 3 Uhr mit anderen Gästen aus einem Lokal in der Turnstraße herausgekommen war. Ein Herr war so laut geworden, daß er festgesetzt werden mußte. Die Angeklagte hatte sich unter einer Plut von Schimpfworten auf einen der Beamten gestürzt und auf ihn eingeschlagen, so daß dieser Rufe hatte, sie abzuwehren. Nach Befundungen von anderen Zeugen scheint die junge Dame in recht animierter Stimmung gewesen zu sein, denn sie hatte einige Liköre und „Rollen“ in dem Lokal getrunken. Als der Staatsanwalt gegen die Angeklagte 300 M. Geldstrafe beantragte, brach sie in Tränen aus, und rief: „Es ist empörend, weil der Herr Staatsanwalt mich hier hinstellt. Ich habe in Hamburg eine Erziehung genossen, wie sie in Berlin keine Dame der besten Kreise gehabt hat. Da werde ich doch nie solche Ausdrücke gebrauchen.“ Die Verhandlung endete mit der Beurteilung der „gebildeten Hamburgerin“ wegen Widerstandes und öffentlicher Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft.

Dobert als Mutter hervortragen. Auch hier zeigte sich der treffliche Chor keiner schwierigen Aufgabe vollumfänglich gewachsen. Das ausverkaufte Haus, unter dessen Gästen man Oberbürgermeister Böß, Polizeisekretär Dr. Weik, Polizeikommandeur Heimannsberg, Prof. Kerstberg vom preussischen Kultusministerium bemerkte, spendete Sängern und Musikern herzlichsten, wohlverdienten Beifall.

Zuchthausstrafe für einen Polizeibeamten.

Wegen Amtsunterschlagung und Befolgung amtlicher Urkunden hatte sich der Polizeiobermeister Otto H. vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hat 31 Dienstjahre einschließlich der Militärzeit mit einwandfreier Führung hinter sich. Er ist seit 1906 bei der Polizei und war Vertreter des Reviervorstandes im Polizeirevier 10 mit der neugegründeten Amtsbezeichnung Polizeiobermeister.

Anfang vorigen Jahres hat er im Laufe von drei Monaten rund 250 Mark aus der Gehaltskasse unterschlagen, Gelder, die für Jagdscheine, Wandergewerkscheine und Strafbefehle eingezahlt worden waren. Zu seiner Entschuldigungs führte der in vollem Umfange geständige Angeklagte an, daß er mit Arbeit überlastet war und bis in die Nacht hinein Überstunden machen mußte. Eine Hilfe sei ihm verweigert worden. Der Reviervorstand habe sich um nichts gekümmert und ihm sogar Personal- und Disziplinarstrafen, die er gar nicht in die Hände bekommen durfte, zur Bearbeitung überlassen. Im Revier sei alles drunter und drüber gegangen, und die Papiere hätten hundertfach durcheinander gelegen. Diese Angabe des Angeklagten über die Zustände beim Polizeirevier wurden übrigens in der Beweisnahme bestätigt.

Das Schöffengericht war nach der rechtlichen Lage trotzdem gezwungen, gegen den Angeklagten den erschwerten Beamtenparagrafen in Anwendung zu bringen und verurteilte ihn wegen Amtsunterschlagung und Urkundenhehlerei zu einem Jahr Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe.

Maskenfreiheit.

Durch Polizeiverordnung vom 7. Januar 1923 hat der Polizeipräsident die Polizeiverordnung vom 9. Januar 1923 über karnevalistische Veranstaltungen aufgehoben. Durch die neu aufgehobene Polizeiverordnung vom 9. Januar 1923 waren bisher karnevalistische Veranstaltungen unter freiem Himmel, insbesondere Umzüge jeder Art, das Tragen von Bekleidungen oder Accessoires aller Art, das Singen, Spielen, Vortragen von Liedern usw. verboten.

Lach dich gesund. Im Film, im Varieté und jetzt auch im Kabarett treten in letzter Zeit allerbund Heilkundige auf, Vertreter der jüngsten Willensschicht: Vitalisante des Humors. Nach Groß, dem Frauentis kommt leicht, im Kabarett der Komiker, der Münchener Karl Valentin. Mit toller Sachlichkeit demonstriert er uns, wach schlächten Wahrheit der Mensch im ohnmächtigen Kampf mit der Welt der Begeisterung ist und ewig bleiben wird. Was ist der Herr der Schöpfung ohne Argentinier? Und gibt es vielleicht etwas Dämlicheres, Hüßlicheres, als der Mensch in einem Rechtsstreit? Karl Valentin mit seinem Watusi Bis

Karstadt zerran an unserem Zwerchfell, daß es schier zu plagen droht. Und die blasiert tuenden Kuratistendämmerer, für die es doch so leicht nur Neues gibt, lachten nicht nur, nein, sie brüllten, daß die Wände wackelten. Und mit Recht. Erstes Bild a. Karstadt-orchestra. Der Valentin als musifizierendes entant terrible und die Karstadt als sein schwergeprüfter Kapellmeister. Er lang, spindelbürr mit ein paar dürftigen roten Härchen, sie mit Spitzhauch und Knebelbart und, infolge entzündeten Krugentzündungs, ewig schlotternden Krawatt. Und dies letztere Moment, den Faktor schwindender Autorität, hat der musikalische Dämmerer zur Brustwehr im Kampf mit seinem Bratbraten ertoren und immer, wenn's bei ihm ganz schief geht, dann packt er den Chef bei der Kehlkopfseite; im zweiten Bild: „Der Jirmling“ — es ist nicht ganz so stark wie das erste — mini er den total beschwipsten Rimberrren, ein großartiger Humisti-Bumsti-Akt.

Die Berufung Piscators abgewiesen.

Der 10. Zivilsenat unter Vorsitz des Senatspräsidenten Ratjor verkündete heute in der Berufung Erwin Piscators gegen die von Wilhelm II. erwirkte einstweilige Berufung, der zufolge die Verban des ehemaligen Kaisers nicht in dem Stück „Kasputin“ auf die Bühne gebracht werden darf, das Urteil. Die Berufung Erwin Piscators wurde kostenpflichtig abgewiesen und so das Urteil der Vorinstanz bestätigt. In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß das Recht am eigenen Worte auch auf die Bühnendarstellung anzuwenden sei, wie dies der Grund und das Ziel des Gesetzes ergebe. Auf die Frage der Beleidigung einzugehen erübrige sich. Es besitze die Reichsgericht; ob Piscator angeklagt der Lästung, doch er das intrinmierte Stück „Kasputin“ nicht mehr spiele, von der Revisionsmöglichkeit Gebrauch machen werde, sei zweifelhaft. Die schriftliche Begründung des Urteils wird den Parteien in einiger Zeit zugestellt werden.

Das Bestehen des früheren Vizepräsidenten der Reichsbank, von Blasenapp, der am gestrigen Mittag von einem Lastkraftwagen überfahren und im befehlungslosen Zustande in das St. Hedwig-Krankenhaus eingeliefert wurde, ist nicht befehlungsregend. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Unfall glücklicherweise sehr glimpflich abgelaufen war.

Der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender Deutschlands, Ery Berlin (Einheitsverband), hält in der Zeit vom 22. bis 25. Januar d. J. in Berlin seinen 5. ordentlichen Verbandstag ab, und zwar im Landesausstellungspart, Mi-Roabit 4-10. Die Tagesordnung ist wie folgt festgelegt: Sonntag, den 22. Januar: Begrüßung der anwesenden Delegierten und Gäste im Rosenhafer Hof, Rosenhafer Straße 11/12. Montag, den 23. Januar: Konstituierung des Verbandstages. Dienstag, den 24. Januar: Nachmittags 4 Uhr: Kundgebung des ambulanten Gewerbes. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des ambulanten Gewerbes. Referent Kollege Brandel. Die Befestigung in den Ländern. Referent Kollege Deier. Die Forderung der Reichsgewerbeordnung. Referent Kollege Lehmann. Mittwoch, den 25. Januar: Verhandlungsergebnisse unter dem Titel „Ein Tag im Gymnasium“.

Konflikt in den Berliner Mühlen.

Die Unternehmer lehnen jede Lohnzulage ab.

Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hatte auf Beschluß einer Funktionärkonferenz den Lohnarif mit den Berliner Mühlen zum 1. Januar gekündigt und eine Lohnerhöhung von 15 Proz. gefordert. In den direkten Verhandlungen war mit den Unternehmern keine Verständigung zu erzielen, da sie jedes Entgegenkommen plan ablehnten. Die Unternehmer riefen den Schlichtungsausschuß an. Derselbe sträubte sich hartnäckig, auch nur einen Pfennig Lohnzulage zu gewähren. Es wurde schließlich ein Schiedspruch gefällt, der für die gelehrten Arbeiter ab 1. Januar bis 30. Juni eine Zulage von 2 Mark pro Woche und ab 1. Juli bis 31. Dezember eine Zulage von weiteren 2 Mark vorsieht. Die ungelehrten Arbeiter erhalten entsprechend der Bestimmung des Manteltarifvertrages 85 Proz. der Höhe der gelehrten Arbeiter und die Frauen 60 Proz.

Mit diesem Schiedspruch beschäftigte sich gestern Abend eine stark besuchte Funktionärversammlung der Mühlenarbeiter. Die nach längerer und eingehender Diskussion den Schiedspruch annahm.

Die Unternehmer, die sich genau wie die Mühlenarbeiter bis heute vormittags 10 Uhr über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erklären wollten, haben bis heute mittag dem Schlichtungsausschuß keine Erklärung zugehen lassen. Damit gilt der Schiedspruch von den Unternehmern als abgelehnt. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hat daraufhin sofort die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt.

Um den Bezirkstarif der Stukkateure.

Die Unternehmer wollen Verschlechterungen durchsetzen.

In einer von etwa 900 Mitgliedern besuchten Versammlung der Fachgruppe Stuck- und Gipspann des Bauergewerksbundes sprach der Fachgruppenleiter Genosse Sched über den Entwurf der Unternehmer zum Bezirkstarifvertrag. Am 1. Dezember ist der Reichstarifvertrag für das Stuckbaugewerbe in Kraft getreten, wodurch alle örtlichen und bezirklichen Tarifverträge ihre Gültigkeit verloren haben. Schon in den ersten Dezembertagen forderten die Berliner Unternehmer die Fachgruppenleitung auf, Vorschläge zu machen für einen neuen Bezirkstarif, da im Reichstarifvertrag einige Fragen der bezirklichen Regelung überlassen bleiben. Gleichzeitig teilten die Unternehmer aber auch mit, daß sie Herrn Dr. Landsberger als Vorsitzenden des Tarifamtes für die Zukunft ablehnten, womit sich jedoch die Fachgruppenleitung nicht einverstanden erklärte. Von welchem Uebermut die Unternehmer besetzt sind, erweist man daran, daß sie zwei Reichwerden bei der örtlichen Schlichtungskommission einzuweisen nicht scheuen, und sich auch Verstöße gegen den formell noch bestehenden örtlichen Tarifvertrag zuschulden kommen lassen.

Seit dem 31. Dezember liegt nun ein Entwurf der Unternehmer zu dem bezirklichen Tarifvertrag vor. Trotzdem der Reichstarifvertrag für das Berliner Stuckbaugewerbe zum Teil erhebliche Verschlechterungen gebracht hat, mit denen sich aber ein großer Teil der Berliner Stukkateure aus Solidarität für die durch den Tarif bessergestellten Berufskollegen im Reich abgefunden hat, wollen die

Unternehmer in dem Bezirkstarifvertrag noch weitere Verschlechterungen durchsetzen. Soziale Bestimmungen, um die in früheren Jahren oft wochenlang hartnäckig gekämpft wurde, sollen nun auf Beschluß der Unternehmer beseitigt werden. Die Berliner Stukkateure befürchten, daß durch das Haupttarifamt, welches endgültige Entscheidungen fällen kann, ein Teil der so schwer erkämpften Positionen zugunsten der Unternehmer beseitigt werden kann, was beim Nichtbestehen eines Reichstarifvertrages nicht möglich gewesen wäre.

Die Berliner Stukkateure haben bisher mit der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen an der Spitze der gesamten Bauarbeiterschaft gestanden. Sie forderten daher auch im Gegenzug zu dem Entwurf der Unternehmer die Beibehaltung der alten Bestimmungen, soweit diese nicht durch den Reichstarifvertrag neu geregelt worden sind. Darüber hinaus aber verlangten sie bis zum Ablauf der örtlichen Lohnregelung am 31. März d. J. eine Lohnaufbesserung als Ausgleich für die materiellen Einbußen, die sie durch den Reichstarifvertrag erlitten haben. Genosse Sched betonte, daß dem Willen der Unternehmer, Verschlechterungen durchzusetzen, eine geschlossene Abwehrfront entgegengestellt werden müsse.

In der kurzen und laulichen Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß schließlich jede Verschlechterung auf Kosten der Qualität und Quantität der Arbeit und somit auch auf Kosten der Unternehmer gehen würde. Es wurde weiter einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Einführung des Wochenendes gefordert wird, aber bei Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen.

In seinem Schlußwort forderte Genosse Sched die Besam-

melten nochmals auf, geschlossen zusammenzutreten und auch vor einem offenen Kampf nicht zurückzuschrecken, wenn ihn die Unternehmer heraufbeschwören sollten.

Fabrikarbeiterverband und keramische Kunst.

Am Donnerstag, dem 19. Januar, werden in fast allen Bezirken und Gruppen Berlins Bezirks- bzw. Gruppenversammlungen abgehalten, die sich mit den äußerst wichtigen Wahlen der Bezirks- und Gruppenleitung und der Delegierten zur Generalversammlung zu beschäftigen haben.

Die Kommunisten bieten alles auf, Anhänger ihrer Richtung auf diese Posten zu bringen, um so den Verband zu erobern. Das muß verhindert werden!

Daher ist es Pflicht aller Mitglieder, die auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, unbedingt und pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen und nur Kandidaten der Richtung Amsterdam ihre Stimme zu geben.

Noch vor dem Arbeitsgericht.

In dem unter dieser Ueberschrift in der heutigen Morgennummer veröffentlichten Artikel ist zu berücksichtigen, daß sich das Urteil des Gerichts nicht auf § 41, sondern auf § 61 des Betriebsrätegesetzes bezieht.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. A. Salzer; Glosien und Sonstiges: Felix Karstadt; Kunstigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft m. b. H. Berlin. Druck: Fernwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Eisenstraße 2.

Am Sonntag, dem 15. Januar, empfängt pünktlich und unermüdet mein lieber guter Mann, unser treuester, gütiger Vater, der Bogenerbauer

Gustav Schenck
im Alter von 30 Jahren.

„Dies zeigen tiefbetrauert an“

Pauline Schenck
geb. Höpfer, nebst Kindern
Anna, Elise, Erna

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. Januar, nachmittags 4 Uhr im Krematorium Baumgartenweg statt.

Herren - Maß - Schneiderei
„ALEXECK“

Gontardstr. 5 II. Etg., Ecke Königl. Erbkassengasse. Solide Preise.

• Ratenzahlung ohne Preisaufschlag •

Wandschmuckbilder
TEILZAHLUNG
ohne Anzahlung
kauft man direkt ab Fabrik

Kunstbilder- u. Rahmenfabrik
„Diamant“, Prenzlauer Str. 47
Katalog gratis.

PEEK & CLOPPENBURG
BERLIN 19, GERTRAUDEN-STRASSE 25-27

Alpentrachten



Dirndkleider von M. 6⁷⁵ an

Bauernjacken von M. 8.- an

Kniehosen von M. 7.- an

Total-Ausverkauf!

Wegen Auflösung des Geschäfts

Am Donnerstag, dem 19. Januar 1928, vormittags 9 Uhr, beginnt das große Rennen nach unseren guten Qualitäten zu Schleuderpreisen!

Viele Waren erhalten Sie für einen Bruchteil Ihres früheren Wertes!

Hemdentuch starkfädig jetzt ab 0.28	Küchen-Handtücher jetzt ab 0.20	Wischtücher rotkarliert 45x45, ges. u. geb. jetzt ab 0.15	Linon 80 cm breit jetzt ab 0.48	Linon 120 cm breit jetzt ab 0.78	Wäschebatist 80 cm breit jetzt ab 0.56	Renforcé 80 cm breit jetzt ab 0.48	Bettzücken rotkarliert, 80 cm breit . . . jetzt ab 0.48
Hemdenflanell hellgestreift jetzt ab 0.45	Damast-Handtücher 48x100 ges. u. geb. jetzt ab 0.78	Rohnessel ca. 80 cm. breit jetzt ab 0.33	Lakenstoff 140 cm. breit jetzt ab 0.85	Kissen 80x80, vollweiß jetzt ab 0.78	Bettbezug volle Größe, klarweiß, jetzt ab 2.75	Linon-ohne Naht Bettbezug 130x200 jetzt ab 3.95	Kaffeedecken kariert jetzt ab 1.30, 1.90 0.48
Popeline, reine Wolle jetzt ab 1.45	Rips, reine Wolle 130 cm br., f. über bis 7.90, jetzt 4.25	Crêpe-Schiffen helle Karos jetzt 0.48	Waschsamt jetzt ab 1.50	Crêpe de Chine 120 cm breit, reine Seide, p. Fabrikverkauf, früher bis 8.75, jetzt 3.90, 4.90	Kleidervelour schöne Muster jetzt ab 0.38	Wäscheleide K-Seldm.-Baumwolle, gr. Muster jetzt ab 0.38	Blusenflanell hell gestreift jetzt ab 0.38
Ein Posten Mäntel a. modigen Fantasiestoffen mit Pilsch besetzt früh. b. 12.90 jetzt 3.95	Ein Posten Mäntel a. reinwollenen Flausch mit Pilschbesatz früh. b. 16.50 jetzt 8.95	Ein Posten Hauskleider jetzt 1.90 0.95	Ein Posten Kleider aus Popeline u. Pulloverstoffen jetzt 4.90	Ein Posten Röcke aus ost. Phantasiestoff u. reinwollenen Chenille mit Pilsch-Falten jetzt 3.95, 5.95, 2.25	Ein Posten Blusen aus Waschstoff und Barchent jetzt 3.95, 2.95, 2.50, 1.95	Kinder-Kleider aus warmem Stoff und Waschstoff jetzt 2.95, 2.95, 1.95, 1.45	Spitzen versch. Qualit. jetzt m. 0.06, 0.04 0.01
Elamine Meter 0.28 0.18	Madras gute, erprobte Qualitäten Meter 1.45, 1.25 0.75	Künstler-Garnitur teilig 4.50, 2.75 1.45	Schellen-gardinenstoffe Meter 0.55, 0.38 0.26	Halbstores gewebter Tüll oder Elamine 2.95, 1.35 0.78	Bettdecken zweifach 6.75, 4.75 3.75	Bettvorleger doppelseitig 1.95, 1.05, 1.20 0.48	Küppelspitzen 3-12 Mtr. breit, jetzt Meter 0.15, 0.13, 0.09 0.06
Jamenstrümpfe schwarz u. farbig jetzt 0.18	Hemdhosens mit Spitze jetzt 0.98	Selbstbinder jetzt 0.38	Oberhemden weiß und farbig jetzt 2.75	Frottier-Handtücher bunt jetzt 0.48	Einsatzhemden guter Einsatz jetzt 1.65	Kinder-Schlüpfer Gr. 45-55 jetzt 0.55 Gr. 30-40 jetzt 0.40	Waschtüll jetzt Meter 0.24
Herrensocken grau. . . jetzt 0.18	Trägerhemden mit Stickerei jetzt 0.78	Umlegekragen Blakko . . . jetzt 0.35	Damen-Handschuhe Trikot . . . jetzt 0.58	Jumper-Schürzen Zephir . . . jetzt 0.75	Seidenflor-strümpfe jetzt 0.78	Herren-Futterhosen jetzt 1.65	Hemdenpasser Klöppel u. Säck. jetzt 0.90, 0.60, 0.45, 0.31, 0.22 0.19

Beachten Sie bitte unsere 11 Schaufenster! Menenabgabe vorbehalten! Verkauf soweit Vorrat!

Kaufhaus Sternfeld G.m. b. H.
Neukölln, Hermannstraße 210

Rosenträger Seidengummi jetzt 0.58	Stickerelen jetzt m. 0.12, 1.30 0.08
Damenstrümpfe Doppelseitig, Hochferse jetzt 0.48	Stickerelen 7 bis 15 cm br. jetzt m. 0.29